WerkstattGeschichte 7, Ergebnisse Verlag, Hamburg 1994, S. 69-71




Bodo Dringenberg

# Ideologie per Emailleschild

## Die Geschichte politischer Straßennamengebung in Hannover

### Namenstreit

Spätestens die Auflösung des »Ostblocks«, der eine Flut von Berichten über politisch begründete Ortsumbenennungen folgte, dürfte allgemein bewußt gemacht haben, wie wichtig die öffentlichen Namen sind. Ob es nun die Rückbenennungen von »Leningrad« zu »St. Petersburg«, von »Karl-Marx-Stadt« zu »Chemnitz« oder von »Liebknechtstraße« zu »Moltkestraße« sind: Meistens entzündeten sich an ihnen Konflikte. Doch nicht allein die letzten 45 Jahre Benennungsgeschichte in der ehemaligen DDR und ihre z.T. konservative Revision sind hierzulande konflikt- und aufschlußreich, sondern auch in westdeutschen Gemeinwesen bergen Straßennamengebungen oft überraschende Brisanz.

In Hannover gibt es seit über zwei Jahren ein erbittertes Gerangel um die Umbenennung des »Karl-Peters-Platz«. Dieser Carl Peters war kaiserlicher Reichskommissar in Deutsch-Ostafrika, wo er sich einen besonders üblen Ruf durch Grausamkeiten gegenüber schwarzen Frauen und Männern erwarb. Im übrigen trat er schreibend als rücksichtsloser Rassist und Imperialist auf und wurde auch deshalb von den Nazis hoch verehrt.

Seit den 50er Jahren bemühten sich immer wieder Initiativen um eine Tilgung dieser Benennung, doch erst 1991 fanden diese Bestrebungen Gehör. Auf Beschluß des Rats der Stadt sollte der Name von 1916 durch »Bertha-von-Suttner-Platz« ersetzt werden. Mit dieser Benennung nach der Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner wollte die politische Mehrheit der Stadt sich von einem dunklen Kapitel deutscher Geschichte symbolisch lösen und an eine pazifistische Traditionslinie anknüpfen. Der »Karl-Peters-Platz« - von einigen Anwohnern übrigens zu »Kalle Pe« verniedlicht - fand nun vehemente und trickreiche Verteidiger, was bei einer solchen »Nebensache« viele verwunderte. Inhaltliche Bezugnahmen zeigen aber deutlich, daß eigentlich Versatzstücke eines Geschichtsbildes und eine politische Orientierung verteidigt werden, die mit diesem Namen verknüpft sind.

## Politisches Benennen

Straßennamen dienen primär dazu, um sich in einem Ort zurechtzufinden. Für diesen Alltagsgebrauch ist es zunächst völlig gleichgültig, was der betreffende Straßenname bedeutet und mit welcher Absicht die Straße genau so benannt worden ist. Gewöhnlich interessiert das bezeichnete Objekt, also die Straße selbst, nicht die sprachliche oder gedankliche Seite der Benennung. Auf letztgenannte Aspekte richten aber besonders die Namengeber ihre Aufmerksamkeit, wenn sie einen »passenden« Namen suchen und verleihen. Politische Straßennamen sind daher immer auch sprachliche Symbole öffentlichen und öffentlich gewünschten Bewußtseins. Da sie zudem ähnlich wie Denkmäler Vergangenes oder Gegenwärtiges symbolisch hervorheben und bewahren sollen, wird mit ihnen immer auch versucht, ideologisch zu wirken, also zukünftiges politisches Handeln zu beeinflussen. Die politischen Straßennamen eines Gemeinwesens sind so in jedem Falle, d.h. ob sie nun (noch) wirken oder nicht, zunächst Zeugnisse lokaler Bewußtseinsgeschichte. Die Straßennamen eines Ortes bilden ein Archiv lokaler Mentalitäts- und Ideologiegeschichte, dessen Dokumente, die sprachlichen »Symbolhülsen«, in ihren Zusammenhängen aufschlußreich interpretiert werden können.

Jede Gemeinde, jede Stadt hat eine spezifische geschichtliche Struktur ihrer öffentlichen Benennungen, die Indikatoren für Etappen ihrer politischen Orientierung und ihrer symbolischen Aneignung auch »großer« Politik sind. In diesen Benennungen wird nicht einfach ein lokales Bedürfnis direkt versprachlicht, sondern es artikuliert sich meistens in bereits existierenden, vorbildlichen Mustern. Straßennamen nach fürstlichen Personen sind z.B. in Berlin viel früher belegt als in Hannover und dort eher als in Stadthagen. Es spielen also diskursive Zusammenhänge, Prestigeorientierungen und überlokale kulturelle Deutungsmuster eine wichtige Rolle.

## Hannovers politische Straßennamen

Ausdrücklich politisch motivierte Namengebungen fanden bis zum Ende des 18. Jh. keinen Niederschlag im Straßengebiet Hannovers. Bis dahin wurde nach örtlichen Eigenschaften (»Am Markte«), nach der Lage (»Osterstraße«) oder der Einwohnerschaft (»Kramerstraße«) benannt. Mit der »Georgstraße« 1787 huldigte der städtische Magistrat seinem Landesherren und leitete zugleich eine neue Benennungspraxis ein, die einzig der passenden Gesinnung verpflichtet ist. Die signifikative Bedeutung, der Bewußtseinsinhalt eines sprachlichen Zeichens, ist von nun an bei der Straßennamengebung weit wichtiger als die denotative Bedeutung, das Objekt, die jeweilige Straße mit ihren materiellen Eigenschaften und Bezügen. Mit dem Ausbau und der Ausweitung des Stadtgebiets nahm der Namenbedarf enorm zu, und der Magistrat erschloß ein Feld politischen Ausdrucks und politischer Beeinflus-

sung: Erst wurden Herrscher geehrt (»Georgstraße«), dann kamen Erinnerungen an gewonnene Schlachten (»Waterlooplatz«) hinzu, später verdiente Bürger (»Leibnizstraße«), schließlich wurden auch (Ehe-) Frauen (»Friederikenplatz«) gewürdigt u.a.m. Insgesamt lassen sich in Hannover 17 derartige »Innovationsschübe« in der Benennungspraxis bis 1992 dokumentieren und auswerten.

Angaben über die Straßennamen finden sich in den Akten des Stadtvermessungsamtes, in den einschlägigen Dokumenten diverser Institutionen, Parteien und Verbände sowie in den Veröffentlichungen zu den städtischen Ortsnamen. Um qualitative Etappen bestimmen zu können, müssen die über 3.500 Straßennamengebungen Hannovers zunächst chronologisch geordnet, und dann die Benennungsinhalte, -begründungen und Zusammenhänge erkundet werden. Dabei fällt z.B. auf, daß mit dem »Waterlooplatz« 1834 plötzlich der neue Nameninhalt »Krieg« auftritt; daß solche Namen von nun an immer häufiger werden, daß sie sich in einigen Stadtvierteln konzentrieren, daß kriegsbezogene Namen sowohl mehrere Konjunkturen haben als auch Zeiten geringer Wertschätzung oder gar auffälliger Ablehnung etc.

Ziel der Auswertung ist es, Elemente lokaler politischer Einstellungen, Intentionen und Einflußnahmen zu rekonstruieren, wobei die Straßennamen nach ihrer - mitunter verdeckten - politischen Bedeutung und Konnotation befragt werden. Die Arbeit konzentriert sich durchgängig auf drei Hauptaspekte:

1. In Übersichtsform und anhand exemplarischer Fälle werden die politisch relevanten Straßennamen in ihren inhaltlichen, formalen und institutionellen Zusammenhängen chronologisch dargestellt und untersucht.

2. Besonders beachtet wird die Nach- und Vorzeitigkeit der öffentlichen Benennungen im Vergleich zu politischen Ereignissen und Willensbildungen.

3. Die Darstellung von Namenbedeutungen durch Namenbücher, Legendenschilder, lokalgeschichtliche sowie unterhaltende Publikationen wird hinsichtlich Inhalt und Funktion analysiert.

*Kontakt:*
*Bodo Dringenberg,*
*Geschichtswerkstatt Hannover,*
*bei FAUST, Wilhelm-Bluhm-Straße 12,*
*30451 Hannover.*